

## **Antrag E 1 - Europapolitik**

1 DIE LINKE. Thüringen  
2 Landesvorstand, AG Grundsatz

3  
4  
5  
6  
7

### **Beschlussantrag an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**

9  
10  
11

### **Linke Strategien der Europapolitik für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Thüringen**

14  
15  
16

17 Der Parteitag am 17./18. November 2012 in Wurzbach möge beschließen:

18

- 19 1. Die Partei DIE LINKE Thüringen betrachtet die in dem Thesenpapier „STRATEGIEN  
20 DER EUROPAPOLITIK DER PARTEI DIE LINKE THÜRINGEN“ dargestellten  
21 Positionen als Grundlinien für das Handeln auf europapolitischem Gebiet.  
22
- 23 2. Die Partei DIE LINKE Thüringen fordert die Abgeordneten in EU-, Bundes-, Länder-  
24 und Kommunalparlamenten auf, im Sinne dieser Positionen zu agieren.  
25

26

# STRATEGIEN DER EUROPAPOLITIK DER PARTEI DIE LINKE THÜRINGEN

## I. Auch wir sind Europa

Wenn gegenwärtig von Europa gesprochen wird, ist zum einen der Lebensraum Europa und zum anderen der Politikraum Europäische Union gemeint. Als politisches Gebilde bislang einzigartig, stellt ihr Grundgedanke der europäischen Integration eine Antwort auf den deutschen Faschismus und seine singulären Verbrechen sowie den beiden von Deutschland ausgegangenen mörderischen Weltkriegen dar. Durch wirtschaftliche Kooperation und Integration näherten sich zunächst die westeuropäischen Staaten politisch einander an. Eingebettet in die Systemkonfrontation des Kalten Krieges, erschien die Europäische Union nach dem Ende des Staatssozialismus 1989/90 als die große Chance einer gemeinsamen friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Entwicklung, die in substantiellen Teilen ungenutzt blieb. Dennoch hat Europa als erweiterter Reise-, Studien, Arbeits- und Lebensraum für viele Menschen ein anderes Gesicht als die EU mit ihrem rechtlichen, politischen und finanziellen Regularien. Beide Aspekte führen zu einem zwiespältigen Bild von Europa, und deren Folgen für das alltägliche Leben der Menschen in ihren Mitgliedstaaten.

Der bisherige europäische Integrationsprozess war und ist von in sich widersprüchlichen Entwicklungen und Tendenzen geprägt. Einerseits sollte er Faschismus und Krieg als dramatischste Konsequenzen des Kapitalismus unterbinden. Andererseits befestigte er zugleich die Grundlagen des nach dem Zweiten Weltkrieg zutiefst diskreditierten kapitalistischen Systems. Die von Europa ausgehenden zivilisatorischen Fortschritte wurden und werden durch sein Demokratiedefizit gefährdet. Demokratie, ein Grundwert der EU, bedeutet Mitbestimmung der Bevölkerung. Von allen grundlegenden Entscheidungen auf europäischer Ebene sind die Menschen jedoch bislang ausgeschlossen worden. Stattdessen wird die EU als ein vor allem technokratischer und bürokratischer Apparat erlebt. Trotz der vielfältigen Förderung und Unterstützung verschiedenster wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Projekte sowie des Austauschs insbesondere der Jugend, die auch wir in Thüringen und Ostdeutschland in über 20 Jahren positiv erfahren haben, nehmen Bevölkerungsmehrheiten die EU als unsozial und undemokratisch wahr. Die Intransparenz der europäischen Entscheidungsprozesse verschleiert die Tatsache, dass die nationalen Regierungen Europa benutzen, um unsoziale und undemokratische Projekte in ihren jeweiligen Ländern im Interesse des Kapitals durchzusetzen, so auch in der gegenwärtigen Krise. In ihr erweist sich die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten zu verantwortende neoliberale markt- und wettbewerbsideologische Ausrichtung der EU immer mehr als unfähig, den sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen des Großteils der europäischen Bevölkerung gerecht zu werden. Getrieben von der Angst um den drohenden Verlust an wirtschaftlicher und politischer Macht in der Welt werden die Symptome der Krise, nicht aber deren Ursachen bekämpft. Unter einem „Mehr an Europa“ verstehen die politisch Verantwortlichen in der EU die verschärfte Fortführung jener Strategie, die in die Krise geführt hat. Das ist sowohl die Politik der Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Finanzmärkte und des EU-Binnenmarktes als auch die der Privatisierungen vor allem öffentlichen Eigentums und Dienstleistungen sowie der sozialen Sicherungssysteme.

In ihrer Folge befindet sich die Europäische Union in ihrer tiefsten politischen Krise, die Gefahr des Auseinanderbrechens ist real. Dies hätte unabsehbare soziale, ökonomische, ökologische und auch sicherheits- und friedenspolitische Konsequenzen für Europa, mit möglicherweise verheerenden globalen Auswirkungen. Schon deshalb besteht nach Auffassung der LINKEN in Thüringen der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise weder in einem neoliberalen „Mehr an Europa“, noch in einem Zurück zum Nationalstaat, sondern in einer Vertiefung der europäischen Integration, transnationaler Kooperation und Koordinierung. Sie muss jedoch in Abkehr der gegenwärtigen Richtung zu einer EU führen, die demokratischer, sozial gerechter, ökologischer und friedfertiger wird und damit jenen

83 Ausgangspunkt wieder aufnimmt, der am Beginn des europäischen Integrationsprozesses  
84 stand.

85  
86 Das heutige Europa ist auch ein Ergebnis des europäischen antifaschistischen  
87 Widerstandes. Zweifellos haben konservative und liberale Politiker, die teilweise selbst aus  
88 dem Widerstand kamen, große historischen Leistungen im Nachkriegswesteuropa vollbracht.  
89 Dennoch kann die Linke selbstbewusst darauf verweisen, dass die europäischen Integration  
90 in ihrem Ursprung eine linke Idee ist und dass es zu ihrer tatsächlichen Verwirklichung eine  
91 starke Linke in Europa braucht. Die Vorstellung, dass ein geeintes Europa den Frieden  
92 sichern und zugleich die Chance auf einen demokratischen Sozialismus bieten würde, teilten  
93 Sozialisten in ganz Europa. Dies gilt trotz der Differenzen darüber, welche konkreten Schritte  
94 zur Realisierung nötig seien und welche Chancen die Idee hätten. Das gilt auch, obwohl im  
95 Widerstreit zwischen tatsächlichen oder vermeintlichen nationalen Interessen der  
96 proletarische Internationalismus mehrfach unterlag.

97  
98 DIE LINKE. Thüringen plädiert dafür, die ursprünglich linke Idee der europäischen Integration  
99 in den Diskurs der deutschen und europäischen Linken wieder aufzunehmen und sich den  
100 damit verbundenen schwierigen Diskussionsprozessen bei Achtung der unterschiedlichsten  
101 Erfahrungen, Vorstellungen und Konzepten zu stellen. Die Linke in Europa wird dabei  
102 insgesamt neue Lösungen finden müssen, die eigene politische Praxis sowohl europaweit zu  
103 entfalten als auch vor Ort (mitgliedstaatlich, regional, lokal) zu verankern. Dies wird sowohl  
104 neue Praxisformen als auch neue Formen der Vernetzung und der Organisation erforderlich  
105 machen. Wir knüpfen an die jetzt schon massenhaft erhobenen Forderungen und Wünsche  
106 der Vielen an, die im Rahmen der Occupy-Bewegung, durch die spanischen Indignados  
107 (der Empörten), durch die Bewegung Movimiento 15-M (Bewegung 15. Mai) und im  
108 Oktober 2012 auf dem „Forum Florenz 10+10“ öffentlich formuliert wurden und mit denen  
109 sich immer mehr Menschen gegen Fremdbestimmung von oben und behauptete  
110 Alternativlosigkeit zu Wehr setzen.

111  
112 Wir sind der Überzeugung, dass ein demokratischer Sozialismus nur auf europäischer und  
113 globaler Ebene möglich ist. Hierfür bedarf es eines Transformationsprozesses, über dessen  
114 Ziele und Wege sich die Linke in Europa verständigen muss. Hierzu wollen wir einen Beitrag  
115 leisten.

## 116 117 **II. Sozialpakt statt Fiskalpakt**

118  
119 Ausdruck der existentiellen Krise der Europäischen Union ist die EURO-Krise, die als  
120 Staatsschuldenkrise der südeuropäischen Länder dargestellt wird. Tatsächlich hat die Krise  
121 die gravierenden Fehlkonstruktionen der EU und der Europäischen Währungsunion, der  
122 Vereinheitlichung der Geldpolitik ohne europäische Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-,  
123 und Steuerpolitik offen gelegt. Sie hat zu unregulierten Finanzmärkten, unausgeglichenen  
124 Außenhandelsbilanzen und ungerechter Einkommensverteilung durch Lohndumping  
125 einerseits, Steuergeschenken, Steuerschlupflöchern und Steueroasen andererseits geführt.  
126 Von ihr profitieren die Reichen und Vermögenden, die globalen und transeuropäisch  
127 agierenden Konzerne und Banken in ganz Europa. Ihre hemmungslosen Spekulationen auf  
128 den internationalen Finanzmärkten sind für die gegenwärtige Wirtschafts-, Währungs- und  
129 Finanzkrise verantwortlich, deren Lasten nun auf die Bevölkerungsmehrheiten in den  
130 Mitgliedstaaten abgewälzt werden. Denn die Regierenden in der EU richten ihre  
131 „Krisenbewältigung“ an den Interessen der globalen Wirtschaftsunternehmen sowie der  
132 Jongleure an den europäischen und globalen Finanzmärkten aus.

133 Der Fiskalpakt ist Kern ihres neoliberalen, demokratiefeindlichen, asozialen und Umwelt  
134 zerstörenden Konzeptes, mit dem die EU-Kapitaleliten ihre Interessen auf den Weltmärkten  
135 und im globalen Konkurrenzkampf durchsetzen sowie scheinbare Defizite „ihrer“  
136 Wirtschafts- und Finanzunion beseitigen wollen.

137

138 Der Fiskalpakt ist kein EU-Vertrag und er ist nicht konform mit bestehendem EU-Recht. Der  
139 Fiskalpakt ist ein Abkommen zwischen 25 EU-Mitgliedstaaten, der unter dem Druck von  
140 Merkel und Sarkozy abgeschlossen wurde. In Not geratene Staaten müssen sich dem  
141 Fiskalpakt unterwerfen, wenn sie andere Instrumente wie den Europäischen Rettungsschirm  
142 in Anspruch nehmen wollen. Dem Europaparlament wird bislang jegliche Kontrolle bei der  
143 Durchführung des Fiskalpaktes verweigert, obwohl EU-Institutionen wie die Kommission und  
144 der Europäische Gerichtshof zu seiner Durchsetzung in Anspruch genommen werden. Als  
145 faktische europäische Nebenverfassung verschärft der Fiskalpakt das Demokratiedefizit der  
146 EU.

147  
148 Vorbild des Fiskalpaktes ist das „deutsche Modell“ mit Agenda 2010, Hartz IV, Umbau des  
149 Arbeitsmarktes hin zu prekärer Beschäftigung und Leiharbeit sowie Erhöhung des  
150 Renteneintrittalters vorerst auf 67 Jahre. Es wird von den Entscheidungsträgern in der EU  
151 als Ausweg aus der Krise ausgegeben. Tatsächlich hat es die Agendapolitik der deutschen  
152 Exportwirtschaft ermöglicht, zulasten der lohnabhängigen Beschäftigten ihre europäischen  
153 Konkurrenten nieder zu konkurrieren und Milliardenprofite zu erzielen. Das Ergebnis ist die  
154 tiefe soziale Spaltung der deutschen Gesellschaft, die mit ihrer Übertragung auf Europa die  
155 sozialen bestehenden Probleme verschärfen wird. Insbesondere die Krise in Griechenland  
156 zeigt mit der dramatisch zunehmenden Armut, der Zerstörung der griechischen Gesellschaft  
157 und der Zunahme nationalistischer, fremdenfeindlicher und faschistischer Tendenzen bis hin  
158 zur Gefahr eines Putsches die Konsequenzen auf, die sich aus dieser Politik ergeben.

159  
160 Wir, DIE LINKE Thüringen solidarisieren uns mit allen Menschen in Europa, die für die  
161 Verteidigung ihrer Menschenrechte und –würde kämpfen. Auch in dieser Krise verlaufen die  
162 Konflikte nicht zwischen Deutschen und Griechen, Italienern, Spaniern oder Portugiesen,  
163 sondern zwischen Oben und Unten. Setzen sich die gegenwärtigen Entwicklungen fort,  
164 werden auch die bisher scheinbar sicheren Volkswirtschaften von der Krise erfasst und den  
165 Finanzspekulationen ausgesetzt. Auch in Deutschland stünde dann der weitere Abbau  
166 sozialer und ökologischer Standards sowie demokratischer Rechte auf der Tagesordnung.

167  
168 Deshalb fordert DIE LINKE. Thüringen: Sozialpakt statt Fiskalpakt:

- 169
- 170 • Der Fiskalpakt ist durch einen Sozialpakt zu ersetzen, der den Schutz der sozialen  
171 und ökologischen Standards sichert, auf den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen  
172 und Güter setzt und Armut bekämpft.
- 173 • Der Vertrag über Grundlagen und Arbeitsweise der EU (Lissabonner Vertrag) ist um  
174 eine Sozialklausel zu ergänzen, die dem Vorrang der wirtschaftlichen Freiheiten  
175 gegenüber dem Sozial- und Beschäftigungsschutz der Menschen in Europa ein Ende  
176 setzt.
- 177 • Alle im Rahmen der "Euro-Rettungspolitik" getroffenen Entscheidungen zulasten der  
178 Lebensinteressen der europäischen Bevölkerung sind zu widerrufen. Kein  
179 Mitgliedstaat darf zum Verlassen die Eurozone genötigt werden.
- 180 • Wir fordern den sofortigen Stopp der Privatisierung von öffentlichen Gütern und  
181 Dienstleistungen, von Sozial- und Rentensystemen und den Stopp des Abbaus  
182 sozialer, ökologischer und demokratischer Rechte und Standards.
- 183 • Wir fordern die Beseitigung der Funktionsdefizite der Wirtschafts- und  
184 Währungsunion durch eine gemeinsame und eng koordinierte Geld, Fiskal-,  
185 Wirtschafts- und Sozialpolitik, das schließt die Stärkung parlamentarischer  
186 Beteiligung und Rechte auf allen Ebenen, insbesondere des Europaparlaments, ein.
- 187 • Wir fordern die Regulierung der Märkte und Banken und plädieren für eine  
188 Bankenunion und für Eurobonds unter der Voraussetzung, dass sich diese auf die  
189 Menschen richten, die eine funktionierende solidarische, wirtschaftliche, soziale  
190 Union brauchen. Maßnahmen, die ausschließlich auf Profite in der globalen  
191 Konkurrenz zielen, lehnen wir strikt ab.
- 192
- 193

### 194 III. Die Zukunft Europas und die europäische Linke

195

196 Wir, DIE LINKE Thüringen, sind der festen Überzeugung, dass die Europäische Union nur  
197 dann eine Zukunft haben wird, wenn in ihrem Rahmen die Voraussetzungen dafür  
198 geschaffen werden, dass alle Menschen in Europa in Würde und im Einklang mit Natur und  
199 Umwelt leben können.

200

201 Zur Umsetzung eines solchen Leitbildes für eine solidarische Erneuerung der Europäischen  
202 Union schlagen wir folgende strategische Zielstellungen vor:

203

204 • Die EU ist tiefgreifend zu demokratisieren. In die Diskussion um die Zukunft Europas  
205 und der EU sind die Impulse, Anliegen und Forderungen der Vielen aufzunehmen,  
206 die sich für ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa  
207 einsetzen. Die Rechte des Europaparlaments sind umfassend zu stärken, die  
208 Mitspracherechte der nationalen Parlamente im Vorfeld europäischer  
209 Entscheidungen sind auszuweiten. Hierfür bedarf es einer neuen Kultur der  
210 Kooperation innerhalb der EU und ihren Mitgliedstaaten, aber auch im Verhältnis zu  
211 den anderen Staaten dieser Erde und ihren Bevölkerungen.

212 • „Die Wirtschaft“ ist an den sozialen Interessen und ökologischen Erfordernissen zu  
213 orientieren. Statt zuerst den „Euro“ und die im Rahmen des Maastrichter Vertrages  
214 festgelegten Kriterien zur Stabilität zum Ziel der Politik zu machen, sind die  
215 Lebensinteressen der Menschen in den Blickpunkt zu nehmen: Zuerst die Menschen,  
216 dann der Euro!

217 • Die EU muss ihrer Verantwortung als globaler und ziviler Akteur in einer neuen Weise  
218 nachkommen, ihre Politik an der Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel,  
219 der Umweltzerstörung, dem Hunger, von Unterentwicklung und Armut ausrichten.  
220 Ihre auf ungleiche Marktzugänge, Kampf um Ressourcen und Extraprofiten gerichtete  
221 Strategie „Global Europe“ zu *Lasten der Länder der Dritten Welt*, die zunehmende  
222 Militarisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik und ihre Außenhandelsstrategie  
223 sind durch eine Politik der Kooperation, des Interessenausgleiches, der  
224 Entwicklungskooperation, der Abrüstung und der De-Militarisierung internationaler  
225 Beziehungen zu ersetzen. Es darf keine Festung Europa geben. Das bestimmende  
226 Motto muss „offene Grenzen für Menschen in Not“ sein.

227 • Wir unterstützen jene Vorschläge, die für die Erarbeitung tiefgreifender Reformen  
228 einer zukünftigen EU über den Weg eines Verfassungskonvents und eines  
229 Verfassungsprozesses plädieren. Wir fordern aber, dass nicht nur Repräsentanten  
230 der verschiedenen politischen Ebenen und Institutionen sowie juristische und  
231 ökonomische Experten beteiligt werden, sondern eine breite zivilgesellschaftliche  
232 Diskussion um die Gestaltung der Europäischen Union stattfindet.

233 • Insbesondere die institutionelle Ausgestaltung und die konkrete Form einer  
234 solidarischen Kooperation zwischen den lokalen/regionalen; nationalen und der  
235 europäischen Ebene sind offene Fragen, denen sich die europäische Linke stellen  
236 muss.

237

238 Generell gilt es längerfristig und in einem sachorientierten Prozess konkret zu diskutieren:

239

240 • Welche Politikbereiche müssen/sollen auf der jeweiligen Ebene entschieden werden?  
241 Welche für alle verbindliche EU-Regelungen werden gebräuchert und wie sollen sie  
242 zustande kommen? Wo plädieren wir für EU- Rahmensetzungen, die national,  
243 regional/lokale auszugestaltet sind? Gibt es Bereiche, die vor Ort, in den  
244 Mitgliedstaaten besser gelöst werden können und in denen die EU nicht regelnd  
245 eingreifen soll, bestehende Regularien eventuell auch zurückgebaut werden können  
246 und müssen?

247 • Welche vertraglichen Grundlagen braucht es zur Umsetzung unserer Antworten? Wie  
248 kann auf allen Ebenen das bestehende Demokratiedefizit der EU abgebaut werden?  
249 Wie kann eine demokratische Kooperation zwischen den nationalstaatlich

250 organisierten Demokratien und den EU-Institutionen entwickelt werden? Welche  
251 Rolle/Funktionen sollen nationale Volksentscheide zu grundlegenden  
252 europapolitischen Fragen haben, in welchem Verhältnis stehen sie zu europäischen  
253 Volksentscheiden?

- 254 • Wir treten für eine Neugestaltung des Verhältnisses und des Zusammenhangs  
255 zwischen europäischer und mitgliedstaatlicher, „nationaler“ Politik ein. Anstatt sie als  
256 alternativ und konkurrierend zu betrachten, sehen wir sie als einander ergänzende  
257 und sich wechselseitig verstärkende Politikebenen an. Die europäische Ebene kann  
258 viel dazu beitragen, die politischen Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen,  
259 Regionen und auf nationaler Ebene zu stärken. In den Kommunen, Regionen und auf  
260 nationaler Ebene wiederum kann europäische Politik betrieben werden, in dem  
261 Anforderungen an sie gestellt werden und geprüft wird, wie sich europäische Politik  
262 tatsächlich auswirkt.
- 263 • Wir sind davon überzeugt, dass alle Akteure, die für die individuellen und kollektiven  
264 Grundrechte in der EU und für die Demokratisierung gesellschaftlicher  
265 Entscheidungsprozesse kämpfen, zusammenwirken müssen. Überall in Europa  
266 wehren sich gegenwärtig viele Menschen dagegen, dass die Lasten der Krise, die sie  
267 nicht zu verantworten haben, auf sie abgewälzt werden. Sie kämpfen für ihre  
268 sozialen, politischen und individuellen Rechte, für die Gleichstellung der  
269 Geschlechter, für Gerechtigkeit und eine menschliche Gesellschaft, für Frieden und  
270 die Respektierung der UN-Charta, für die Wahrung des Völkerrechts, für den Erhalt  
271 und die Gesundung der natürlichen Lebensgrundlagen. DIE LINKE. muss in  
272 Deutschland dazu beitragen, dass diese Kämpfe gegen neoliberale Politik in den  
273 Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU  
274 geführt werden und damit zu ihrer grundlegenden Veränderung führen.

#### 275 276 **IV. Europapolitische Anforderungen an linke Politik in Thüringen - Europa den** 277 **Bürgern nahe bringen**

278 Der Landesverband Thüringen versteht sich als Teil der EUROPÄISCHEN LINKEN.

279  
280 Unsere politischen Alternativen für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa müssen  
281 wir stärker den Menschen in unserem Land vermitteln. Wir werden die Gedanken der  
282 Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen in der EU den neoliberalen Prinzipien der  
283 freien Marktwirtschaft entgegensetzen.

284  
285 Der Zusammenhang von Europa-, Bundes- und Landespolitik und seine Auswirkungen auf  
286 die soziale Daseinsvorsorge sind besonders mit den Mitgliedern der Kreistage und den  
287 Stadt- und Gemeinderäten zu diskutieren. Der Landesparteitag fordert deshalb den  
288 Landesvorstand und die Landtagsfraktion auf im Zusammenwirken mit der RLS und dem  
289 KOPOFOR dazu Veranstaltungen anzubieten.

290  
291 In enger Zusammenarbeit zwischen dem Europabüro und der Landtagsfraktion sind in  
292 Kreisverbänden mindestens einmal im Jahr europapolitische Tage zu veranstalten.

293  
294 Der Landesverband, die Landtagsfraktion und das Europabüro Gabi Zimmer werden  
295 zukünftig jeweils in der Europawoche im Mai einen zentralen Europatag in Erfurt  
296 durchführen.

297  
298  
299 Kohäsions- und Strukturfonds als entscheidendes Instrument zur wirtschaftlichen,  
300 regionalen und sozialen Angleichung in der EU ausbauen!

301  
302 Seit 1990 wurden dem Freistaat Thüringen rund 8 Milliarden Euro aus den europäischen  
303 Strukturfonds zur Verfügung gestellt. Ohne diese Mittel wäre es nach der politischen und  
304 wirtschaftlichen Wende nicht möglich gewesen, die damit verbundenen sozialen  
305 Auswirkungen für die Menschen in Thüringen abzufedern. Vor allem durch die Mittel aus den

306 Strukturfonds konnte ein zweiter Arbeitsmarkt und eine soziale Infrastruktur aufgebaut  
307 werden. Viele Vereine und Verbände würde es heute ohne EU-Gelder nicht geben. Auch  
308 eine Wirtschaftsförderung und die Entwicklung des ländlichen Raumes wäre in diesem  
309 Umfang nicht möglich gewesen.

310 In der 2013 auslaufenden Förderperiode bekam Thüringen 2,1 Mrd. Euro Förderung.  
311 Thüringen erreichte dank dieser Förderpolitik der vergangenen Jahre ein  
312 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Höhe von 84 % des EU- Durchschnitts. Damit fällt der  
313 Freistaat zukünftig aus der Höchstförderung heraus.

314 Gegenwärtig wird in der EU der zukünftige Haushaltsrahmen für die neue Förderperiode bis  
315 2020 beraten.

316 In den laufenden Verhandlungen geht es vor allem darum, ob der jetzige EU-Haushalt bis  
317 2020 auf dem gleichen Stand wie bisher eingefroren wird. Vor allem wirtschaftlich starke  
318 Staaten wollen ihre Beiträge für den gemeinsamen Haushalt auf 1,0 Prozent des BIP  
319 reduzieren. Bleibt es dabei, werden die Struktur- und Förderprogramme der EU erst recht  
320 nicht mehr ausreichen,

321 Unter den jetzigen Bedingungen bedeutet ein Einfrieren des Haushalts für die Periode von  
322 2014 bis 2020 eine reale Senkung um ca. 14 Prozent.

323 Wir befürchten, dass vor allem die Mittel für die einzelnen Strukturfonds gekürzt und  
324 innerhalb des ESF beispielsweise die Programme für den Kampf gegen Armut und soziale  
325 Ausgrenzung reduziert werden könnten.

326 Dies lehnen wir ebenso ab wie die Kopplung der EU-Strukturfonds an die Durchführung von  
327 Reformen in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern. Damit würden gerade  
328 diejenigen, die Hilfe am meisten benötigen, doppelt bestraft: Zum einen durch die Reformen,  
329 die zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben führen, und zum anderen durch die  
330 Nichtfinanzierung von Projekten, die der regionalen Entwicklung und der Senkung der Armut  
331 dienen sollen.

332 Wir erklären deshalb:  
333 Wer eine solidarische Union will, muss für einen höheren EU-Haushalt eintreten und der  
334 Erwirtschaftung von Eigeneinnahmen durch die EU zustimmen. Die Einnahmen aus der  
335 Erhebung einer europäischen Finanztransaktionssteuer sollten künftig je hälftig in die  
336 Mitgliedstaaten und in den EU-Haushalt fließen und vor allem zur Bekämpfung von Armut,  
337 Kinderarmut und Altersarmut eingesetzt werden.

338  
339 Wir fordern die Thüringer Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Erhöhung des EU-  
340 Haushaltes einzusetzen.

341  
342 Die Kohäsionspolitik soll sich auch in Zukunft auf die bedürftigsten Regionen der EU  
343 konzentrieren, jedoch alle Regionen mit einbeziehen. Die zukünftige Kohäsionspolitik muss  
344 den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden, den  
345 ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren. Sie  
346 muss eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, gute Arbeit und Gleichstellung der  
347 Geschlechter fördern.

348  
349 Nach jetzigem Erkenntnisstand wir Thüringen zukünftig mindestens 528 bis 600 Mio. Euro  
350 weniger Förderung erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine Aufstockung der Mittel für die  
351 Kohäsionspolitik ein. Regionen wie Thüringen, die ab 2014 aus der Höchstförderung  
352 herausfallen, brauchen eine ausreichende Übergangsförderung.

353  
354 Wir lehnen eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU2020-Strategie ab. Die  
355 Bewilligung und Auszahlung von Strukturfondsmitteln darf nicht an institutionelle Reformen  
356 oder an die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geknüpft werden.

357  
358 Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste beschäftigungspolitische Förderinstrument  
359 der EU und muss selbstverständlich Teil der Kohäsionspolitik bleiben. Die Förderpolitik des  
360 ESF sollte sich stärker als bisher auch in Thüringen auf die Förderung von „Guter Arbeit“ und  
361 Armutsbekämpfung richten.

362 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Landtag stärker in  
363 die Erarbeitung der sogenannten operationellen Programme einbezogen wird.

364 Wir sehen im Zusammenhang mit der Erstellung der Operationellen Programme eine große  
365 Chance, um landestypische Prioritäten für nachhaltige Infrastrukturgestaltung, für Wachstum  
366 und Beschäftigung festzulegen und entsprechende Schwerpunktaufgaben zu formulieren.

367  
368 In der Phase der Erarbeitung der operationellen Programme hat die Landtagsfraktion mit den  
369 Sozialpartnern, den Gewerkschaften und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zusammen  
370 zuarbeiten.

371  
372 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für solche operationelle Programme  
373 einzusetzen, die eine Vernetzung der einzelnen Fonds ermöglichen. Dies gilt insbesondere  
374 für die Entwicklung des ländlichen Raumes

375  
376 Der Europäische Sozialfonds (ESF) muss künftig breiter im Bereich der allgemeinen  
377 Sozialpolitik zum Einsatz gebracht werden. Dieser Fonds soll in Zukunft nicht nur der  
378 Beschäftigungsförderung dienen, sondern auch der Bekämpfung von Armut und  
379 Ausgrenzung besonders gefährdeter Gruppen, wie Jugendliche, Frauen, Migranten und  
380 Menschen mit physischen Einschränkungen. Dazu bedarf es einer besseren finanziellen  
381 Ausstattung dieses Strukturfonds. Der Anteil des ESF an den Strukturfonds erhöhen – das  
382 Verhältnis Europäischen Fond für Regionalentwicklung (EFRE) zum ESF soll in Zukunft  
383 60:40 betragen. Dieser Forderung wird die Kommission gerecht. Damit ist die etwaige  
384 gleichbleibende Höhe des Fördervolumens im Europäischen Sozialfonds in Thüringen  
385 gesichert.

## 386 387 **V. Die Herausforderungen für die europäische Linke für die Wählerkämpfe 2013/2014**

388  
389 Angesichts der gegenwärtigen Krisen braucht es in Deutschland und Europa mehr denn je  
390 eine starke Linke, die außerparlamentarisch und parlamentarisch wirksam werden und in die  
391 gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen eingreifen kann. In der Realität  
392 sind wir von einer solchen europäischen Linken weit entfernt Leider ist das Gegenteil der  
393 Fall. Die politische Krise der EU geht mit einer Krise der Linken in Europa einher. Diese  
394 Situation realistisch zu sehen, erscheint uns als Landesverband DIE LINKE Thüringen als  
395 eine erste Voraussetzung, sie zu verändern.

396  
397 Als europäische Linke werden wir aus dieser Situation nur herauskommen, wenn wir Europa  
398 als Handlungsrahmen annehmen, anstatt es weiter strategischen zu unterschätzen und zu  
399 vernachlässigen. Wir müssen unsere Handlungsfähigkeit vor Ort und im nationalen Rahmen  
400 auf die europäische Ebene ausdehnen. Die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate  
401 erfordern von uns klare Aussagen hinsichtlich der weiteren Perspektive der EU. Leisten wir  
402 das nicht, enttäuschen wir die Hoffnungen gerade auch jener jungen Menschen, für die  
403 Nationalismen und nationalen Identitäten immer weniger Bedeutung haben.

404  
405 Insofern muss die Linke in Europa europäischer werden, wenn sie bestehen will, auch weil  
406 sich die politischen Rahmenbedingungen verändern. So wird aus gegenwärtiger Sicht die  
407 EURO-Krise in den Wählerkämpfen 2013/2014 von den Kommunalwahlen bis zur Europawahl  
408 eine herausragende Rolle spielen. Wollen wir in Deutschland und Thüringen in diesen  
409 Wählerkämpfen als solidarische und internationalistische Partei bestehen, müssen wir uns *auf*  
410 drei Herausforderungen *konzentrieren*:

- 411  
412 1. Es muss uns als DIE LINKE auch in den Wählerkämpfen gelingen deutlich zu machen,  
413 dass die Konflikte in der gegenwärtigen Krise nicht zwischen Deutschen und  
414 Griechen, Italienern, Spaniern oder Portugiesen, sondern zwischen Oben und Unten,  
415 zwischen Krisen-Profiteuren und Leidtragern der Krise verlaufen. Wir sind also  
416 herausgefordert, Solidarität zwischen den am meisten Benachteiligten herzustellen,  
417 indem wir die wahren Verursacher der Krise benennen und das Krisenszenario



418 nachvollziehbar erklären. Dies muss uns in einem Umfeld gelingen, in dem durch die  
419 unerträglichen Hetze durch konservative und neoliberale Politiker sowie Teile der  
420 Medien insbesondere gegen Griechenland Entsolidarisierung produziert wird. Bislang  
421 konnten die Krisen-Profiteure eine Sicht vermitteln, dass die Bundesrepublik und  
422 jede/r Einzelne gut durch die Krise kommen könnten, wenn sie nicht länger für die  
423 „Schuldenstaaten“ aufkommen müssten.

424 2. Wir müssen als DIE LINKE glaubhaft vermitteln, dass unser Kampf für eine  
425 Regulierung der Finanzmärkte und der Beseitigung der Bankenmacht, für einen  
426 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und für mehr Steuergerechtigkeit – alles  
427 Anliegen, die in breiten Kreisen der bundesrepublikanischen Bevölkerung  
428 Zustimmung finden – entscheidende Bestandteile zur Beseitigung der EURO-Krise  
429 darstellen, weil sie an deren eigentliche Ursachen gehen.

430 3. Wir brauchen als DIE LINKE ein aufeinander abgestimmtes strategisches Agieren auf  
431 allen Ebenen.

432

433 Mit dem Lissaboner Vertrag wurden dem Europaparlament mehr Rechte, Aufgaben und  
434 legislative Verantwortung zugewiesen. Unsere ablehnende Haltung zum Lissaboner Vertrag  
435 rechtfertigt es deshalb nicht, diese neuen Handlungsmöglichkeiten zu ignorieren, im  
436 Gegenteil. Die europäische LINKE muss dafür sorgen, dass alle Möglichkeiten des  
437 europäischen Bürgerentscheids ausgeschöpft werden, um Mitsprache und Mitbestimmung  
438 für alle EU-Bürger zu gewährleisten.

439

440 Wir brauchen als europäische Linke gemeinsame Positionen in der Auseinandersetzung um  
441 die Rolle der Europäischen Zentralbank, die Vergesellschaftung von Staatsschulden, die  
442 Bildung einer Banken- und Finanzunion, die Übertragung bisheriger nationaler  
443 Haushaltssouveränität auf die EU-Ebene oder auch die Durchführung von Volksentscheiden  
444 zur weiteren europäischen Integration.

445

446 Für die europäische Linke ergeben sich aus den veränderten Rahmenbedingungen auch  
447 neue taktische Herausforderungen für die Europawahl 2014. Die jeweiligen europäischen  
448 Parteienfamilien werden bei den nächsten Wahlen zum Europaparlament mit gemeinsamen  
449 SpitzenkandidatInnen antreten, die wiederum jeweils für das Amt des Präsidenten der  
450 Europäischen Kommission kandidieren, wodurch sich der Wahlkampf selbst verändert. Es  
451 wird nicht mehr um jeweils nationale Antworten zu den bestehenden Herausforderungen  
452 gehen. Die europäische Linke wird aufeinander abgestimmte  
453 europäische/nationale/regionale Positionen vertreten müssen.

454

455 Wir fordern vom Parteivorstand DIE LINKE und vom Vorstand der EL, mit den  
456 Mitgliedsparteien in eine Diskussion darüber einzutreten und hierfür gemeinsam mit der  
457 linken Fraktion im EP Vorschläge zu entwickeln, wie die europäische Linke inhaltlich und  
458 organisatorisch diese Wahlen gemeinsam vorbereitet. Wir gehen davon aus, dass die  
459 europäische Linke mehr ist als die Europäische Linkspartei (EL), deren Gründungsmitglied  
460 unsere Partei ist und auch mehr ist als jenes Spektrum, das durch die Linksfraktion im EP  
461 abgedeckt wird. Wir verstehen die europäische Linke als einen Bestandteil eines breiten  
462 Bündnisses europaweiter außerparlamentarisch und parlamentarisch wirkender Gruppen,  
463 Initiativen und Parteien, das zur Durchsetzung einer anderen Entwicklungslogik in der  
464 Europäischen Union eine wirksame Gegenhegemonie zum derzeit vorherrschenden  
465 Neoliberalismus erlangen kann. Dabei kommt dem Europaparlament zwar nicht die alles  
466 entscheidende, aber eine wichtige Rolle zu. Verliert die parlamentarische Vertretung der  
467 europäischen Linken wie 2009 erneut an Zustimmung, verstärkt sich der Rechtsruck weiter,  
468 kann dies sehr problematische Auswirkungen für die außerparlamentarischen Kämpfe  
469 haben – sowohl europaweit, als auch auf nationaler Ebene. Deshalb müssen wir uns auch in  
470 Thüringen dafür einsetzen, möglichst viele Wählerinnen und Wähler von der Bedeutung  
471 Europas zu überzeugen und ihnen unsere Vorschläge nahezubringen."